

organisation Greenpeace forderte die Bundesregierung zu einem schnelleren Ausstieg auch gegen den Widerstand der Wirtschaft auf. Der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) kritisierte, die Reststrommenge von Stade werde lediglich auf andere Kraft-

werke verteilt. Die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg warf Trittin „billige Ausstiegsrhetorik“ vor. Mit dem Abschalten von Stade werde nicht weniger Atom Müll produziert, dies geschehe nur an anderer Stelle. Daß die Frage der Entsorgung

weiter ungelöst bleibe, hatten Atomkraftgegner Mitte November 2003 beim jüngsten Castor-Transport aus der französischen Plutoniumfabrik La Hague nach Gorleben gerügt. Laut ROBIN WOOD-Vorstandssprecher Jürgen Sattari „steigt der Druck auf Bun-

desumweltminister Trittin, Gorleben als Endlagerstandort endgültig aufzugeben. Der Konflikt um die Atomkraft brennt lichterloh. Er läßt sich nicht mit leeren Ausstiegsversprechen oder gar Partys zum Abschalten vom Schrittreaktor Stade vergessen machen.“ ●

Atom Müll

Alle Standort-Zwischenlager wurden genehmigt

Das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) hat alle atomrechtlichen Genehmigungen für die beantragten Zwischenlager an den Standorten der Atomkraftwerke erteilt. Bundesumweltminister Jürgen Trittin: „Der Bund hat seine Hausaufgaben gemacht. Es ist jetzt Sache der Länder, zeitnah die noch ausstehenden Baugenehmigungen zu erteilen, damit alle Zwischenlager zügig errichtet werden können. Nur so kann gewährleistet werden, daß die Zwischenlager 2005 betriebsbereit sind.“

Das dafür zuständige BfS hat inzwischen für alle beantragten 12 dezentralen Zwischenlager die Genehmigung zur Einlagerung von abgebrannten Brennelementen erteilt. Die letzten atomrechtlichen Genehmigungen dafür erhielten am 19. Dezember 2003 die Betreiber von Philippsburg, Gundremmingen und Krümmel. Neben diesen Standorten werden auch Zwischenlager in Brunsbüttel, Brokdorf, Unterweser, Grohnde, Biblis, Neckarwestheim, Grafenrheinfeld und Isar errichtet. Das Zwischenlager in Lingen ist bereits seit Dezember 2002 in Betrieb.

Die Aufbewahrung der abgebrannten Brennelemente ist jeweils auf maximal 40 Jahre befristet. Dadurch wolle man gewährleisten, daß aus Zwischenlagern keine Endlager

werden können, heißt es. Die Antragsteller hätten den Nachweis erbracht, daß sie die gesetzlich erforderliche Vorsorge gegen Schäden und die vom radioaktiven Abfall ausgehenden Gefahren mit unterschiedlichen Konzepten erfüllen würden, erklärt das BfS. Auch die Eingreifrichtwerte für den Katastrophenschutz würden sowohl beim Aufprall eines voll betankten Verkehrsflugzeugs vom Typ Boeing 747 oder Airbus 340 als auch bei einem Kerosinbrand unterschritten.

Neben den 12 dezentralen Zwischenlagern hat das BfS auch 4 Interimslager genehmigt, und zwar in Biblis, Philippsburg, Neckarwestheim und Krümmel. Außer in Krümmel werden in den anderen drei bereits Behälter eingelagert.

Die Einrichtung von Standortzwischenlagern hatte die Bundesregierung mit den Energieversorgungsunternehmen im Rahmen des Atomausstiegs vereinbart. Bundesumweltminister Trittin: „Das Konzept der dezentralen Zwischenlager wirkt. Seit dem Regierungswechsel 1998 hat es keine innerdeutschen Transporte abgebrannter Brennelemente von Atomkraftwerken in die zentralen Zwischenlager Ahaus und Gorleben mehr gegeben. Mit Hilfe der Zwischenlager an den Kraftwerkstandorten werden sie auch in

Zukunft verhindert. Die Transporte in die ausländische Wiederaufarbeitung werden auf das notwendige Maß begrenzt und ab Juli 2005 ganz eingestellt.“ Die Transporte nach La Hague und Sellafield seien nur noch bis zum 30. Juni 2005 zulässig.

Während des Genehmigungsverfahrens habe die überwiegende Anzahl der Antragsteller aufgrund von Gesprächen mit dem BfS die ursprünglich überhöht beantragten Lagermengen reduziert, wird ergänzend mitgeteilt. Durch den Atomausstieg werde die Menge des anfallenden Atom Mülls begrenzt.

Die atomrechtlichen Genehmigungen werden vor Ort und beim BfS in Salzgitter ausgelegt sowie auf der Internetseite des BfS (www.bfs.de) veröffentlicht. Gegen sie kann bis einen Monat nach Bekanntgabe Klage eingereicht werden.

Die atomkritische Ärzteorganisation IPPNW kritisiert die Genehmigungen des Bundesamtes für Strahlenschutz. Für den Normalbürger blieben sie ein zweifelhaftes Vergnügen. Hochradioaktiver und giftiger Atom Müll lagere demnächst vor bundesdeutschen Haustüren in luftigen Hallen auf der grünen Wiese. Zwar beteuerten Behörden und Betreiber einmütig, der Müll solle dort „nur“ 40 Jahre lang bleiben, doch dürfe dies mit Fug und Recht angezweifelt werden. Denn in den letzten Jahrzehnten habe weltweit kein wirklich sicheres Endlager für Atom Müll gefunden werden können.

Die IPPNW macht darauf aufmerksam, daß die Lagerhallen ohne Rückhaltebarrieren ausgestattet werden. Bei auftretenden Undichtigkeiten könne sich radioaktives Material ungehindert in der Umgebung verteilen. Die aufgeheizte Hallenluft werde radioaktive Partikel sofort in große Höhen verfrachten. Gerade die süddeutsche Leichtbauweise lasse die Behauptung der Betreiber zweifelhaft erscheinen, daß auch ein Jumbo-Absturz die Bevölkerung nicht gefährden würde. Die Nachweise blieben geheim und öffentlich nicht überprüfbar. Es sei aber ein offenes Geheimnis, daß ein Jumbo allein durch seine Masse ungebremst durch eine Lagerhalle hindurchfliegen und große Zerstörungen auslösen könne.

Am Atomkraftwerk Gundremmingen nahe Ulm entsteht Deutschlands größtes Lager. Dort bereitet sich ein von der IPPNW unterstütztes Widerstandsbündnis auf eine Klage gegen die erteilte Genehmigung vor. Dazu der Sprecher der Ulmer IPPNW-Regionalgruppe, Reinhold Thiel: „Wir sind schon jetzt inhaltlich und juristisch gerüstet, brauchen aber weitere finanzielle Unterstützung. Jeder kann in Form von Spenden, Mitgliedschaften und rückzahlbaren Bürgschaften steuerlich absetzbar helfen. Eine erfolgreiche Musterklage am AKW Gundremmingen kann sich positiv auf die anderen Verfahren auswirken.“ Kontakt und Informationen zur Klage über <http://www.ippnw-ulm.de>.